

## **Ausbildungsplatzmisere: Mindestens 60 000 Ausbildungsplätze fehlen.**

Stellungnahme von Antonia Kühn, DGB-Jugend NRW!

Am Dienstag fand das letzte Spitzengespräch zum Ausbildungskonsens NRW statt. Schon bei der Veröffentlichung der Ausbildungsbilanz am 13.10. jubelten Agentur (BA), MAGS und Kammern, dass nur gut 2.900 Bewerberinnen und Bewerber in NRW "unversorgt" seien. Die statistischen Kniffe und Schiebereien werden immer aufwändiger, die reale Situation wird schlicht und einfach falsch dargestellt. So sind zwar nur etwas mehr als 2.900 Bewerberinnen und Bewerber offiziell "unversorgt", aber die BA hat einfach eine zweite Spalte aufgemacht, die "BewerberInnen mit Alternative zum 30.09." heißt. Hier sind Jugendliche erfasst, die zwar nach wie vor bei der BA angegeben haben einen Ausbildungsplatz zu suchen, aber zunächst eine "Alternative" für sich gefunden haben, z.B. den Wehrdienst, ein FSJ, ein Praktikum oder auch eine Gelegenheits-Arbeit. Von denen gibt es in NRW über 21.000. Zusammen haben also schon 24.000 Jugendliche formal bei der BA einen Suchwunsch angegeben. Daneben gibt es zahlreiche Jugendliche, die auf eigene Faust suchen und sich gar nicht suchend melden. Zu dem Ausbildungsbedarf muss man neben den o.g. 24.000 mindestens noch die Jugendlichen addieren, die sich in den sog. "KSOB" befinden (=Klassen ohne Berufsausbildung). Hier werden junge Leute völlig ohne Perspektive im Pflichtschulunterricht geparkt, weil sie noch schulpflichtig sind. D.h. sie gehen an zwei Tagen in der Woche auf ein Berufskolleg und erhalten drei Tage keinerlei Beschäftigungs- oder Bildungsangebot. Davon gibt es in NRW rund 36.000. Man kann also davon ausgehen, dass in NRW nicht 2.900 Ausbildungsplätze fehlen, sondern mindestens 60.000!! Schon bei der Nennung der Zahl 24 000 durch den DGB-NRW-Vorsitzenden Guntram Schneider kam es am Dienstag beim Spitzengespräch zum Eklat.

Zugleich haben IHKen und WHKT zugegeben, dass die eingetragenen Ausbildungsverträge um 9% (IHKen), bzw. 6% (HWKen) zurück gegangen sind ... Soviel zum Thema Freiwilligkeit der Betriebe.

Wir rechnen als Gewerkschaftsjugend damit, dass es im kommenden Jahr nochmal deutlich schlechter aussehen wird. Die Kammern haben jetzt schon angedeutet, dass die Ausbildungsbereitschaft zurückgehe (zeitlich verzögerte Folge der Krise ...) und zugleich fährt die BA ihre Maßnahmen enorm zurück (z.B. weniger BAE). Es gilt also sich hier auf Auseinandersetzungen vorzubereiten. Zudem enthält der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag unserer neuen Bundesregierung schon jetzt eine zwar noch etwas verklausulierte aber doch klar herauszulesende Aufweichung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (betrifft vor allem den Hotel- und Gaststätten-Bereich). Im Zentrum stehen die Arbeitszeiten, die in die frühen Morgenstunden und späten Abendstunden für Jugendliche unter 18 Jahren ausgeweitet werden sollen.

Dem müssen wir entschieden entgegenreten.

Antonia Kühn, DGB-Jugend NRW